

Editorial

Einen "freien" Weltmarkt wünschen sich diejenigen, die "groß" genug sind, um auf ihm kaufen und verkaufen zu können. Frei von Beschränkungen sollen die Waren umgesetzt werden. Jeder soll kaufen können, was er sich leisten kann, und das verkaufen, woran er am besten verdient. Frei sind damit aber die in das Marktsystem einbezogenen Menschen keineswegs, wie uns so mancher Marktwirtschaftler weismachen will. Mit jedem Gewinner gibt es mindestens auch einen Verlierer, meist sogar viele. Das entspricht der Logik des Kapitalismus, der sich als dominierende Wirtschaftsform weltweit durchgesetzt hat und dem sich kein Land mehr entziehen kann. Es war und bleibt allem Anschein nach allerdings zweifelhaft, ob der Kapitalismus eine menschlichere Gesellschaft ermöglicht als so manche traditionelle, teilweise mit despotischen Zügen versehene Gesellschaftsform.

Mangels besserer Alternativen sind viele Kritiker inzwischen so weit, ihre Ratlosigkeit gegenüber dem scheinbar blühenden Erfolg des kapitalistischen Weltmarktes zuzugestehen. Dann soll es aber bitte schön auch fair und gerecht zugehen, eine Forderung, die paradox anmutet. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) soll weltweit die Regeln darstellen, nach denen "handelt" wird. Pragmatisch betrachtet, gibt es wohl für den einmal (erzwungenermaßen?) eingeschlagenen Weg keine bessere Alternative, als zumindest zu versuchen, sich faire Regeln zu schaffen. Insofern scheint die Argumentation in den von uns zusammengestellten **Kommentaren aus Indonesien, Thailand und den Philippinen zum GATT** verständlich und nachvollziehbar. *A. Magno* aus den Philippinen macht in besonders scharfer Weise deutlich, was noch von den "linken" Kritikern des Kapitalismus in seinem Land zu halten ist, die in einer Stellungnahme der linken philippinischen Bauernorganisation, **KMP zum GATT** zu Wort kommen.

Während die Regierungen von Malaysia und Indonesien (berechtigterweise) auf den Westen wegen seiner Versäumnisse und doppelbödigen Politik in Bosnien, der Palästinafrage, Somalia usw. in den letzten Jahren immer wieder eindroschen, wird Indonesien erstmalig in Südostasien auf einer großen öffentlichen Konferenz von Menschenrechtsorganisationen in Manila mit der **Osttimorfrage**

ein Spiegel vorgehalten. *Monika Schlicher* berichtet darüber, wie Jakarta alles versuchte, die Konferenz zu verhindern, damit erreichte, daß ihr weltweit jedoch nur mehr Aufmerksamkeit geschenkt und das Verhältnis zu den Philippinen belastet wurde. Ein **Interview** mit dem indonesischen Osttimor-Spezialisten *George Aditjondro* ergänzt den Bericht.

Man darf gespannt sein, ob Osttimor auf dem ASEAN-Gipfeltreffen in Bangkok im Juli offiziell oder inoffiziell zum Thema wird. Ob sich hier die ASEAN-Regierungschefs als moralisch glaubwürdiger zeigen werden als ihre europäischen Kollegen, ist zweifelhaft. Der Malaysier *Ariffin Omar* wirft den politischen Führern seines Landes die gleiche Doppelmoral und Heuchelei vor, wie diese ihren westlichen Kollegen. Die malaysische Öffentlichkeit sollte sich keine Illusionen über den Charakter ihrer führenden Politiker machen.

Das um Menschenrechte vermeintlich so bemühte Europa – so lange dabei die Geschäfte u.a. mit Waffen nicht beeinträchtigt werden –, sollte die nun schon seit fast 20 Jahren ungelöste Osttimorfrage nun endlich auch einmal auf dem Außenministertreffen der Staaten der Europäischen Union und ASEAN vom 22. – 24. September in Karlsruhe auf die Tagesordnung setzen und zumindest versuchen, Lösungswege zu finden. Leider ist das Bewußtsein über diesen Konflikt in der westeuropäischen Öffentlichkeit ziemlich gering, obgleich der Kampf der Osttimoresen für das Selbstbestimmungsrecht durchaus mit dem der Palästinenser oder Kurden zu vergleichen ist. Die Südostasien Informationsstelle will auf einer gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Iserlohn, der Universität von Porto (Portugal) und der Internationalen Plattform von Juristen für Osttimor veranstalteten **Tagung** mit dem Thema "Die europäische Verantwortung für Osttimor. Ein Beispiel für den gemeinsamen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit" (30.9.–2.10.94) über Lösungsmöglichkeiten der Osttimorfrage mit allen am Konflikt Beteiligten diskutieren.

Ein Jahr nach den Wahlen in **Kambodscha** nimmt *Kristina Chhim* das Land unter die Lupe und stellt fest, daß dessen Zerrissenheit durch den Bürgerkrieg noch lange nicht beseitigt ist und viele Entwicklungschancen hemmt. *Walter Aschmoneit* plädiert in seinem Kommentar verhalten optimistisch dafür, "auf der Seite des Positiven etwas in die Waagschale zu werfen".

In **Laos** wird mit der ersten Brücke über den Mekong, die das Land mit Thailand verbindet, nicht nur symbolisch der bereits starke wirtschaftliche Einfluß des Nachbarn weiter anwachsen und grundlegende Veränderungen im Land zur Folge haben, wie *Ingvar Sander* zu berichten weiß.

Auch die Entwicklung **Burmas** wird entscheidend durch das "konstruktive" **Engagement Thailands** in der Zusammenarbeit mit dem Militärregime beeinflusst, wie die Gruppe *Green November 32* deutlich macht. Diese Annäherungen beunruhigen viele, die mit den burmesischen Flüchtlingen in Thailand befaßt sind. Einige von ihnen haben ihre **Position zur Repatriierung** in einer Stellungnahme an die thailändische Öffentlichkeit gebracht.

Den immensen Ressourcen- und Energiebedarf für **Thailands** Industrialisierung in den nächsten 20 Jahren werden nicht nur die unmittelbaren Nachbarländer zu decken haben. *Regina von Reuben* beschreibt sehr konkret, wie die thailändischen Elektrizitätswerke in Zukunft mit Großprojekten **elektrische Energie durch Wasserkraft** gewinnen wollen, und wer darunter zu leiden hat.

Für die **Philippinen** geben wir mit einer **Dokumentation** und einem **Interview** einen Einblick in die aktuellen **Auseinandersetzungen unter den linken Kräften**. Hingegen zeigt *Damien Kingsbury*, wie sich in **Indonesien** die **Differenzen zwischen den verschiedenen herrschenden Kreisen** verschärfen. Der **Rolle des Buddhismus in Vietnam** ist *Martin H. Petrich* auf der Spur.

Der Themenschwerpunkt des nächsten Heftes lautet **Regionale Zusammenarbeit und Konflikte** in Südostasien. Redaktionsschluß ist am 30. August.

Für die Redaktion:
Peter Franke

– Anzeige –

FORUM
entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen

Heft 6 / 9 DM
MiniAbo 15 DM
JahresAbo 50 DM

Schwerpunktt Themen:
175/76 Landminenkampagne
177 Ökodemokratie/-diktatur
178 Organtransplantation/-handel
179 Zukunft d. Soll-Bewegung
180 Antisemitismus-Israel-Palästina

Redaktion FORUM, Buchstr. 14 15, 28195 HB
Tel. 0421-32 51 56, Fax 0421-33 78 177
PGA Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 66 69-209